

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Staatspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 99 44
Fax 031 322 98 67
www.parlament.ch
spk.cip@parl.admin.ch

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates in der 48. Legislaturperiode, 2007 - 2011

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 48. Legislaturperiode 2007 – 2011
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: wichtige Themen der 49. Legislaturperiode 2011 – 2015 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44, Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der SPK folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen Staat und Kirche.

2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2011

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 241 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 47. Legislaturperiode 2003-2007):

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	3 (2)	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	22 (24)	
c.	Berichte des Bundesrates	4 (5)	
d.	Mitberichte	2 (1)	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	10 (1)	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	118 (51)	Folge gegeben 41 / Keine Folge gegeben 72 Rückzug 5
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	3 (4)	Zustimmung 3
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	11 (2)	Folge gegeben 1 / Keine Folge gegeben 10
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase)	16 (11)	Annahme 12 / Abschreibung 4
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	2 (2)	Annahme 2
k.	Kommissions-Vorstösse	8 (2)	Motionen 6 / Postulate 2
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	10 (5)	Angenommen 7 (unverändert 4 / abgeändert 3) / Abgelehnt 3
m.	Petitionen	13 (17)	Kenntnisnahme 13
n.	Interne Geschäfte	19 (16)	
o.	Spezialfälle	-- (7)	
	Total	241 (150)	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates, Volksinitiativen

Die wichtigsten Vorlagen:

- [01.080 s](#) Staatsleitungsreform
- [06.463 s](#) Pa.Iv. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien
- [07.039 s](#) Einführung biometrischer Ausweise
- [08.061 n](#) Gegen den Bau von Minaretten. Volksinitiative
- [08.515 s](#) Pa.Iv. Rückzug einer Volksinitiative im Falle eines indirekten Gegenvorschlages
- [09.060 s](#) Für eine Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative). Volksinitiative. Änderung AuG
- [10.090 n](#) Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk). Volksinitiative
- [11.022 n](#) Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Drei Vorlagen (07.039, 08.061 und 09.060) wurden nach der Behandlung durch das Parlament der Volksabstimmung unterbreitet: die Einführung biometrischer Pässe wurde am 17.5.2009 knapp angenommen; die Minarett-Initiative und die Ausschaffungsinitiative wurden am 29.11.2009 bzw. am 28.11.2010 entgegen der Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung von Volk und Ständen angenommen; der Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Ausschaffungsinitiative wurde abgelehnt. Im Übrigen wurden die zwei in der vorangegangenen Periode vorberatenen Volksinitiativen 'für demokratische Einbürgerungen' und 'Volksouveränität statt Behördenpropaganda' am 1.6.2008 gemäss Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung abgelehnt.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die SPK-N hat ihrem Rat in Umsetzung von parlamentarischen Initiativen die folgenden Erlassentwürfe unterbreitet:

- [03.436 n](#) Pa.Iv. Faire Abstimmungskampagnen
- [05.463 n](#) Pa.Iv. Scheinehen unterbinden
- [06.458 n](#) Pa.Iv. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- [07.400 n](#) Pa.Iv. Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen (darin integriert: [05.437 n](#) Pa.Iv. Handlungsunfähige Bundesräte, [06.416 n](#) Pa.Iv. Vorrang für Kommissionsvorstösse; [06.467 n](#) Pa.Iv. Änderung des Parlamentsgesetzes. Kompetenzen der Finanzkommission)
- [08.407 n](#) Pa.Iv. Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss
- [08.447 n](#) Pa.Iv. Schutz der Vertraulichkeit der Kommissionsberatungen und Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Immunität
- [08.522 n](#) Pa.Iv. Vereinfachte Ausübung der politischen Rechte für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

- [09.402](#) n Pa.Iv. Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen
- [09.439](#) n Pa.Iv. Allen Schweizer Staatsangehörigen auch weiterhin den Bezug einer herkömmlichen nichtbiometrischen ID ohne Chip zusichern / [10.308](#) n Kt. Iv. TG Ausweisgesetz. Änderung
- [09.480](#) n Pa.Iv. Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes
- [09.532](#) n Pa.Iv. Mutterschaftsurlaub soll als entschuldigt gelten

Eine inhaltliche Zusammenfassung des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Der Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative musste als Verfassungsänderung Volk und Ständen unterbreitet werden und wurde in der Volksabstimmung vom 27.9.2009 angenommen.

Die Vorlage 03.436 scheiterte in der Wintersession 2009, weil der Nationalrat auf den Entwurf der Kommission für ein „Bundesgesetz über die Mitwirkung der politischen Parteien an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes“ nicht eingetreten ist.

Die geringe Initiativtätigkeit des Bundesrates (siehe Ziff. 22) im Zuständigkeitsbereich der SPK wurde mehr als kompensiert durch die parlamentarische Initiativtätigkeit. Noch nie hat eine parlamentarische Kommission in vier Jahren eine derart grosse Anzahl (114) von parlamentarischen Initiativen vorgeprüft. Die Kommission hat 41 pa.Iv. Folge gegeben. Die ständerätliche Schwesterkommission hat allerdings in 20 Fällen ihre für die Ausarbeitung einer Vorlage nötige Zustimmung verweigert.

Die Vorprüfung einer pa.Iv. erfordert ca. 30-60 Minuten Beratungszeit in der Kommission. Zeit- und arbeitsaufwendig gestaltet sich aber die Ausarbeitung einer Vorlage unter Federführung der Kommission; häufig muss dazu eine Subkommission eingesetzt werden, ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden, die Stellungnahmen des Bundesrates und anderer betroffener Kommissionen beraten werden, usw.

Neben den oben aufgelisteten abgeschlossenen Ausarbeitungen hat sich die Kommission in der Berichtsperiode mit folgenden weiteren, noch nicht abgeschlossenen Projekten intensiv beschäftigt:

- [08.432](#) Pa.Iv. Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- [10.403](#) Pa.Iv. Neues Modell der Presseförderung

Diese Vorlagen werden voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode dem Rat unterbreitet werden.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d ParlG (siehe Ziff. 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich, u.a.:

- Regierungsreform, Neugliederung der Departemente, Verwaltungsreform
- Erfahrungen mit der Härtefallregelung für Sans-Papiers
- Staatspolitische Auswirkungen der Medienkonzentration
- Staatsvertragsreferendum bei Doppelbesteuerungsabkommen
- Bericht EPA: Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004-2008
- Biometrische Ausweise. Umsetzung nach der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009
- Evaluation des Öffentlichkeitsgesetzes
- Parteienfinanzierung
- Publikation von Meinungsumfragen vor Wahlen und Abstimmungen
- Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit den Grundrechten

Einige dieser Diskussionen führten zur Einreichung einer Kommissionsmotion oder eines Kommissionspostulates.

Die staatspolitischen Auswirkungen der Medienkonzentration beschäftigen die SPK seit den 1990er Jahren. Die vom Bundesrat vorgelegte Totalrevision des Postgesetzes ([09.049](#)), das auch die indirekte Presseförderung durch Posttaxenverbilligung regelt, war für die SPK Anlass, der vorberatenden Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen am 6.11.2009 einen Mitbericht mit Anträgen zu unterbreiten.

Am 20.8.2009 hat die SPK die für die Vorberatung von Doppelbesteuerungsabkommen zuständige Kommission für Wirtschaft und Abgaben aufgefordert, derartige Abkommen aufgrund verfassungsrechtlicher Überlegungen in Zukunft dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Der Bundesrat hat darauf von sich aus in seinen am 27.11.2009 dem Parlament unterbreiteten Botschaften zu verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen seine bisherige Praxis geändert und die Unterstellung unter das fakultative Referendum beantragt.

Weiter liess sich die Kommission in Anwendung von Art. 151 ParlG zu neun Verordnungsentwürfen zur Umsetzung von Gesetzesänderungen konsultieren.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Pfister Gerhard
- Vizepräsident Wintersession 2007 – Wintersession 2009: Perrin

- Präsident Wintersession 2009 - Wintersession 2011: Perrin
- Vizepräsident Wintersession 2009 – Wintersession 2011: Hodgers

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Amstutz, Brunner Toni, Donzé, Engelberger, Fehr Hans, Fluri, Gross, Heim, Hiltpold, Hodgers, Humbel Näf, Hutter Jasmin, Joder, Leuenberger-Genève, Marra, Meyer Thérèse, Moret, Perrin, Pfister Gerhard, Schibli, Schmidt Roberto, Stöckli, Tschümperlin, Wobmann, Zisyadis
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
Geissbühler ersetzt Amstutz ab Herbstsession 2008
Bugnon ersetzt Brunner Toni ab Frühjahrsession 2009
Müller Philipp ersetzt Engelberger ab Frühjahrsession 2009
Schenker Silvia neu ab Frühjahrsession 2009
Egger ersetzt Meyer Thérèse ab Wintersession 2009
Rutschmann ersetzt Hutter Jasmin ab Frühjahrsession 2010
Streiff ersetzt Donzé ab Herbstsession 2010

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommission(en) gebildet:

- Subkommission „Faire Abstimmungskampagnen (03.436)“, Mitglieder: Engelberger, Gross, Joder, Pfister Gerhard, Wobmann (bis Frühjahrsession 2009)
- Subkommission „Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss (08.407)“, Mitglieder: Heim, Hiltpold, Hodgers, Marra, Meyer Thérèse, Schibli (Wintersession 2008 bis Sommersession 2009)
- Subkommission „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen (08.432)“, Mitglieder: Geissbühler, Hiltpold, Hodgers, Hutter Jasmin, Marra, Schmidt Roberto, Tschümperlin (Frühjahrsession 2009 bis Herbstsession 2009)
- Subkommission „Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen (09.402)“, Mitglieder: Fluri, Heim, Humbel Näf, Joder, Stöckli, Wobmann, Zisyadis (ab Sommersession 2009 bis Frühjahrsession 2010)
- Subkommission „Presseförderung (10.403)“, Mitglieder: Bugnon, Fluri, Gross, Joder, Leuenberger-Genève, Pfister Gerhard, Schenker Silvia (ab Herbstsession 2010)
- Subkommission „Regierungsreform (01.080)“, Mitglieder: Fluri, Gross, Hodgers, Joder, Pfister Gerhard, Rutschmann, Stöckli (ab Frühjahrsession 2011)

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 33 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 59 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 238.75 Stunden (4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 2004-2007: 34 Sitzungen, 60 Sitzungstage, 290 Sitzungsstunden

42 Subkommissionen

Die insgesamt 24 Sitzungen der Subkommissionen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 24 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 56.5 Stunden (gut 2.25 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Faire Abstimmungskampagnen (03.436)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 7.75 Stunden (gut 2.25 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss (08.407)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 4.5 Stunden (1.5 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen (08.432)“:

Die insgesamt 4 Sitzungen haben 4 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 7.75 Stunden (knapp 2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen (09.402)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 8.75 Stunden (3 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Presseförderung (10.403)“:

Die insgesamt 7 Sitzungen haben 7 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 15.75 Stunden (2.25 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Regierungsreform (01.080)“:

Die insgesamt 4 Sitzungen haben 4 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 12 Stunden (3 Stunden pro Sitzungstag).

5 Ausblick

Wichtige Themen in der 49. Legislaturperiode 2011-2015 im Zuständigkeitsbereich der SPK-NR, soweit zurzeit voraussehbar:

- [08.432](#) Pa.Iv. Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- [10.052](#) s Asylgesetz. Änderung
- [10.403](#) n Pa.Iv. Neues Modell der Presseförderung

- [10.440](#) s Pa.Iv. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes
- [11.049](#) s Bundespersonalgesetz. Änderung
- Bundesgesetz über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge
- Ausführungsgesetzgebung zur Ausschaffungsinitiative
- Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer
- Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“
- Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Volksinitiativen und Grundrechten
- Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens

Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass auch in der neuen Legislaturperiode einzelne Vorkommnisse insb. im Parlamentsbetrieb und bei der Ausübung der Volksrechte Anlass geben werden, um weitere, zurzeit noch nicht vorhersehbare Rechtsänderungen zur Diskussion zu stellen.